

Kurzbewertung des Wahlprogramms

B90/GRÜNEN

Standort Deutschland: Freiräume schaffen, Kosten senken

Die Grünen wollen unfaire Praktiken von Onlineplattformen zulasten des mittelständischen Gewerbes und der Verbraucher mithilfe des Wettbewerbsrechts zurückdrängen und dafür sorgen, dass europäische Standards eingehalten werden. Das ist generell begrüßenswert. Es ist wichtig ist, dass sich alle Anbieter, auch die aus Drittstaaten, an geltende Regeln halten. Bei Maßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrungen dürfen dabei aber nicht neue, überbordende Regelungen für nationale Unternehmen geschaffen werden.

Wettbewerbsfreiheit im B2B-Bereich

Fragwürdiges Marktverständnis

Die Grünen wollen das Wettbewerbsrecht weiterentwickeln, die Missbrauchsaufsicht im GWB verschärfen und das „New Competition Tool“ auf EU-Ebene wiederbeleben. Die Wettbewerbsposition landwirtschaftlicher Erzeuger soll durch kostendeckende Preise gestärkt werden, und der Gesetzgeber soll Verbraucher vor unfairen Preisen schützen. Der HDE kritisiert das Marktverständnis der Grünen, die dem freien Wettbewerb misstrauen und staatliche Eingriffe in Marktprozesse befürworten. Staatliche Preiskontrollen und Eingriffe in die Preissetzungsfreiheit sind mit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung unvereinbar.

Tarifautonomie stärken, Flexibilität ermöglichen

Erleichterungen bei der Allgemeinverbindlichkeit (AVE) von Tarifverträgen sind strikt abzulehnen, ebenso wie ein Tarifreuegesetz. Die negative Koalitionsfreiheit, also das Recht Koalitionen fernzubleiben, genießt ebenso wie die positive Koalitionsfreiheit, also das Recht sich Koalitionen anzuschließen, Verfassungsrang (Art. 9 Abs. III GG). Tarifbindung lässt sich nicht durch eine erleichterte staatliche Zwangserstreckung von Tarifverträgen (AVE) erreichen. Im Gegenteil: Die Tarifbindung steigt, wenn man den Tarifvertragsparteien wieder mehr Gestaltungsspielraum etwa durch zusätzliche Öffnungsklauseln zurückgibt. Die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission darf nicht durch politische Anhebungen des Mindestlohns in Frage gestellt werden. Die Erstreckung des Mindestlohns auf unter 18-Jährige wäre ein Fehlanreiz für junge Menschen. Auch sind weitere Einschränkungen des Minijobs zu unterlassen.

Standort- und Verkehrspolitik

Dass der umsatzdominante stationäre Einzelhandel vornehmlich Binnenhandel ist, die Versorgung der Bevölkerung sichert und somit systemrelevant ist, bleibt unbeachtet. Daher gibt es auch keine einzelhandelsspezifischen Zielstellungen zur Entwicklung der Handelsstandorte inklusive der Innenstädte. Der Stadtbau zu klimaresilienten Städten wird herausgestellt. Die Innenstadt findet nur im Zusammenhang mit "Clubs und Livemusikstätten" statt (Innenstädte als Standorte der Kultur). Die Entwicklung eines leistungsfähigen ÖPNV bei gleichzeitiger Bestätigung des Autoverkehrs zielt auf eine gute Erreichbarkeit auch der Handelsstandorte ab. Dies gilt auch für den Ausbau der Fahrradinfrastruktur sowie die Beibehaltung des Deutschlandtickets. Die Grünen sind dabei die einzige Partei, die die Straßeninfrastruktur apodiktisch nicht ausbauen möchte.

Energiekosten: Stromsteuer, Netzentgelte und Netzausbau

Die Frage der Finanzierung der Maßnahmen bleibt offen

Die Grünen setzen auf erneuerbare Energien und staatlich finanzierte Maßnahmen wie Erleichterungen für Eigenstromproduktion, Förderung von langfristigen Abnahmeverträgen, Übernahme von Netzentgelten für die überregionalen Stromleitungen aus dem Deutschlandfonds, dauerhafte und breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen. Sie wollen die Stromsteuer auf das europäische Minimum senken. Der HDE unterstützt die Reduzierung der Stromsteuer, lehnt aber die Strompreiskompensation ausschließlich für energieintensive Unternehmen ab, da dies zur Erhöhung der Preise für den Handel führen würde. Die Energie soll für alle bezahlbar sein. Die staatliche Finanzierung der Maßnahmen sollte sorgfältig geprüft werden und gut durchdacht sein, damit private Investitionen weiterhin getätigt werden.

Berichts- und Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten

1:1-Umsetzung EU-Lieferketten-Richtlinie

Die Grünen sehen die EU-Lieferkettenrichtlinie als große Errungenschaft und wollen sie unbürokratisch in deutsches Recht übertragen. Hinweise zur Nachhaltigkeitsberichterstattung fehlen im Wahlprogramm. Der HDE betont, dass Umweltstandards und Menschenrechte für deutsche Handelsunternehmen selbstverständlich sind. Die Komplexität der EU-Regulatorik verursacht jedoch hohen Aufwand und könnte europäische Unternehmen aus Wertschöpfungsketten verdrängen. Daher ist ein "level playing field" und eine 1:1-Umsetzung ohne "gold-plating" wichtig.